

Magdeburg, 23.01.2025

Bundestagswahl am 23.02.25 – Umfrage unter sachsen-anhaltischen Spitzenkandidaten für mögliche Wahlempfehlung des VDP Sachsen-Anhalt

Sehr geehrte/r Frau/Herr...,

bereits in wenigen Wochen wird der Deutsche Bundestag neu gewählt, die Parteien befinden sich aktuell in einem kurzen, aber sehr intensiven Wahlkampf. Als ein sehr aktiver Landesverband, der kürzlich binnen weniger Wochen für eine Petition an den Landtag mehr als 42.000 Unterstützer-Unterschriften sammelte, möchten wir unseren Mitgliedern gern eine Entscheidungshilfe für deren Wahlentscheidungen geben.

Darum wendet sich der VDP Sachsen-Anhalt mit diesem Schreiben an die sachsen-anhaltischen Spitzenkandidaten der Parteien, die nach den aktuellen Umfragen Chancen auf den erneuten oder erstmaligen Einzug in den Deutschen Bundestag haben.

Sie finden als Anlage zu diesem Schreiben einen Fragenkatalog zu insgesamt **vier vorwiegend bundespolitisch geprägten Themenkomplexen**, die für unsere Mitglieder eine besonders hohe Relevanz haben. Sie können diese Fragen im Ankreuzverfahren beantworten und bei Bedarf zu den jeweiligen Fragenkomplexen auch noch ergänzende schriftliche Anmerkungen bzw. Erläuterungen abgeben. Wir werden danach im Anschluss unsere Mitglieder über Ihre Antworten informieren.

Falls Sie den Fragebogen gern digital ausfüllen wollen, senden wir Ihnen diesen gern an die von Ihnen gewünschte Mail-Adresse im Word-Format zu.

VDP

Verband Deutscher Privatschulen
Sachsen-Anhalt e.V.

Otto-von-Guericke-Str. 86a
39104 Magdeburg

T: 0391 / 731916-0
F: 0391 / 731916-1

VDELSA@t-online.de
www.vdp-sachsen-anhalt.de

Bankverbindung

Deutsche Kreditbank
Konto-Nr.: 107 334 00
BLZ: 120 300 00

Vereinsregister

Amtsgericht Stendal
VR 11611

Ganz kurz noch zum VDP Sachsen-Anhalt: Dieser vertritt in unserem Bundesland die Interessen der allgemein- und berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft (einschließlich der Pflegeschulen) sowie der privaten Erwachsenenbildungsanbieter, die z.B. Weiterbildungen für Unternehmen, Privatpersonen und Arbeitssuchende sowie Integrations- und Berufssprachkurse für Zugewanderte durchführen. Der Verband arbeitet in zahlreichen Landesgremien wie z.B. dem Landesschulbeirat mit. Ihm gehören aktuell 95 Bildungsträger mit über 200 Niederlassungen aus allen Regionen Sachsen-Anhalts an. Weitere Informationen zum VDP Sachsen-Anhalt finden Sie auf unserer Homepage.

Im Wissen darum, dass Sie wegen der bevorstehenden Wahl enorm eingebunden sein werden, wäre ich Ihnen besonders dankbar, wenn Sie uns eine Antwort per Mail (vdp.lsa@t-online.de) oder Fax (0391-7319161) **bis spätestens 17.02.25** zukommen lassen würden.

Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre nachfolgenden Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Banse
– Geschäftsführer –

Anlage

Bitte **bis spätestens 17.02.25** ausgefüllt an den VDP Sachsen-Anhalt zurücksenden (Mail: VDP.LSA@t-online.de; Fax: 0391/7319161) – Herzlichen Dank!

Fragen des VDP Sachsen-Anhalt zur Bundestagswahl am 23.02.25

- Name der Bundestagskandidatin/des Bundestagskandidaten + Partei:

.....

- Wahlkreis:

.....

1. Fragenkomplex: Einsatz von Honorarkräften im Bildungsbereich

Erläuterung: Seit dem sogenannten „Herrenberg-Urteil“ des Bundessozialgerichts vom 28.06.22 ist es bundesweit Bildungseinrichtungen – sowohl in öffentlicher als auch in freier Trägerschaft – praktisch nicht mehr möglich, für einzelne Bildungsbereiche noch Honorarlehrkräfte einzusetzen, da die Deutsche Rentenversicherung in derartigen Fällen – selbst bei einem sehr geringen Umfang von z.B. 2 Unterrichtsstunden pro Woche – nunmehr stets von einer abhängigen Beschäftigung (= Scheinselbständigkeit) derartiger Lehrkräfte ausgeht, was für die betroffenen Bildungseinrichtungen erhebliche finanzielle und auch strafrechtliche Folgen nach sich ziehen kann. **Diese Problematik betrifft den gesamten Bildungsbereich, u.a. allgemein- und berufsbildende Schulen, Universitäten, Volkshochschulen, Weiterbildungs- und Sprachkursanbieter oder auch Musikschulen.** Damit stehen bundesweit zahlreiche Bildungsangebote auf der Kippe, was mittlerweile auch schon die KMK alarmiert hat. Beispiel: Die Pflegeausbildung, in der stundenweise auch Ärzte auf Honorarbasis tätig werden müssen. Nachdem es zwischenzeitlich zu einem rechtlich wohl angreifbaren und zeitlich befristeten „Stillhalteabkommen“ zwischen dem BMAS, den Bildungsanbietern und der Deutschen Rentenversicherung gekommen ist, hat das BMAS eine Änderung des SGB IV vorbereitet (hier **§ 127 – Übergangsregelung für Lehrkräfte**), die einen tragbaren Kompromiss darstellen könnte. Ob hierzu noch eine Beschlussfassung vor der Bundestagswahl durch den Bundestag erfolgen wird, kann von hieraus aktuell nicht eingeschätzt werden.

Frage: Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl in den Deutschen Bundestag für eine zügige Beschlussfassung der o.g. Kompromisslösung oder für eine vergleichbare (ggf. dauerhafte) Problemlösung einsetzen?

- Ja
- Ich weiß es noch nicht, ich brauche mehr Informationen.
- Nein
- Ich präferiere eine andere Lösung und zwar.....

.....
.....

Ich habe zu diesem Fragenkomplex noch folgende Anmerkungen:

.....
.....
.....

2. Fragenkomplex: Umsetzung des Digitalpaktes

Erläuterung: Noch vor der Bundestagswahl haben sich Ende Dezember Bund und Länder auf Eckpunkte eines Digitalpaktes 2.0 für Schulen geeinigt. Im Erwachsenenbildungsbereich ist bislang kein vergleichbarer (aber wohl erforderlicher) Digitalpakt vorgesehen.

Fragen:

- a) Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl in den Bundestag dafür einsetzen, dass der geeinte Digitalpakt 2.0 für die Schulen unter einer gleichberechtigten Beteiligung auch der freien Schulen umgesetzt wird?

- Ja
- Noch unentschieden.
- Nein

b) Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl auch für die erstmalige Auflage eines Digitalpaktes für die Weiterbildungsbranche einsetzen?

Ja

Noch unentschieden.

Nein

Ich habe zu diesem Fragenkomplex noch folgende Anmerkungen:

.....

.....

.....

3. Fragenkomplex: Fachkräftemangel entgegenwirken und Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sichern

Erläuterung: Laut ursprünglichem Haushaltsentwurf der Ampel-Koalition sollen die Haushaltsmittel für Integrations- und Berufssprachkurse des BAMF um mindesten 50 Prozent (im Vergleich zu 2024, wo die hierfür vorgesehenen Mittel schon nicht ausreichend waren und deshalb nachgesteuert werden mussten) gekürzt werden. Das BAMF hat deshalb mittlerweile u.a. einseitig das Zahlungsziel für durchgeführte Integrationskurse ggü. den Anbietern von 30 auf 90 Tage verlängert. Berufssprachkurse sollen oft nur noch berufsbegleitend angeboten werden können, auch in Bereichen, wo gute Sprachkenntnisse essentiell sind (z.B. im medizinischen Bereich). Außerdem sollen Wiederholungsprüfungen nicht mehr stattfinden.

Gleichzeitig sollen die Haushaltsmittel für die Jobcenter (trotz eines erwarteten Anstiegs der Arbeitslosenzahl) erneut drastisch reduziert werden mit der Folge, dass immer weniger Langzeitarbeitslose in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gebracht werden können und diese deshalb dauerhaft von Sozialleistungen abhängig sein werden.

Frage: Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl bei der Aufstellung des noch fehlenden Haushalts für 2025 (und auch für nachfolgende Haushaltsjahre) für eine verbesserte Finanzausstattung des BAMF und der Jobcenter einsetzen, um eine bessere Integration von Arbeitslosen sowie Zugewanderten in Arbeit zu erreichen und damit gleichzeitig dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken?

Ja

Bin noch unentschieden.

Nein

Ja, aber bei einer gleichzeitigen Verschärfung der Sanktionsregelungen („Fördern und Fordern“).

Ich habe zu diesem Fragenkomplex noch folgende Anmerkungen:

.....

.....

.....

4. Fragenkomplex: Reform der Physiotherapieausbildung (und weiterer Therapieberufe-Ausbildungen)

Erläuterung: In der gerade zu Ende gehenden Legislaturperiode wurde unter den Gesundheitspolitikerinnen und -politikern des Deutschen Bundestages intensiv über die Reform der Physiotherapieausbildung debattiert, auch um andere Therapieberufe (z.B. Ergotherapeuten, Podologen) gibt es angesichts eines hier immer stärkeren Bedarfs bei einem gleichzeitig wachsenden Fachkräftemangel Diskussionen. Der VDP-Dachverband und natürlich auch der VDP Sachsen-Anhalt setzen sich hierbei dafür ein, die Physiotherapieausbildung in den Berufsfachschulen u.a. durch eine bundesweite Schulgeldfreiheit sowie durch eine sachgerechte Finanzierung (ähnlich der Pflegeausbildung) zu stärken bzw. attraktiver für die Auszubildenden auszugestalten, mit einem teilakademisierten System berufliche Perspektiven zu bieten und auch die übrigen Therapieberufe-Ausbildungen in adäquater Form zu reformieren.

Frage: Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl in den Bundestag dafür einsetzen, diese genannten Forderungen durch politische Beschlüsse umzusetzen?

Ja

Bin noch unentschieden, ich benötige noch mehr Informationen zu diesem Thema.

Nein

Ja, aber in dieser Form:

.....

.....

.....

Ich habe zu diesem Fragenkomplex noch folgende Anmerkungen:

.....

.....

.....

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift